

► Allgemeines

Bericht der Europäischen Union (EU) zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Nach dem fünften Jahresbericht über Gleichstellung der EU-Kommission wurde das anhaltende Beschäftigungswachstum durch die Berufstätigkeit von Frauen ausgelöst. Zwischen den Jahren 2000 und 2006 hat der Beschäftigungsstand in der EU um fast 12 Mio. Personen, darunter über 7,5 Mio. Frauen, zugenommen. Dabei ist die Beschäftigungsquote der Frauen jedes Jahr gestiegen und hat im Jahr 2006 57,2 % erreicht, das sind 3,5 % mehr als im Jahr 2000. Allerdings wurde in dem Bericht hervorgehoben, dass die Qualität der Arbeitsplätze von Frauen nach wie vor problematisch sei. Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen liegt seit dem Jahr 2003 stabil bei 15 %. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen stagniert in Unternehmen bei 33 %. Der Bericht ist unter http://ec.europa.eu/employment_social/publications/booklets/equality/index_de.htm erhältlich.

Wirkungsforschung des bürgerschaftlichen Engagements. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) lässt erstmals die Vielfalt und die Wirkungen des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland untersuchen. Erste Ergebnisse sollen im Frühsommer 2009 vorliegen. Schwerpunkt der Untersuchungen ist der Zusammenhang von bürgerschaftlichem Engagement und familienunterstützenden Dienstleistungen. Erforscht werden sollen unter anderem die Strukturen für Engagement und wie die Zivilgesellschaft helfen kann, die Herausforderungen des demographischen Wandels zu meistern. Der Bericht soll dazu beitragen, Wissenslücken zu schließen sowie Handlungsempfehlungen für Politik, Vereine und Verbände zu entwickeln. *Quelle: Paritätischer Rundbrief Berlin 7.2008*

Demographischer Wandel und Gender – ein blinder Fleck? Berliner Anforderungen an Politik und Wissenschaft – für eine gendergerechte Gestaltung des demographischen Wandels. Hrsg. Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V. Selbstverlag. Berlin 2007, 89 S., EUR 5,- *DZI-D-8299*

Diese Broschüre enthält die Beiträge einer Fachtagung, die im August 2007 in Berlin stattfand. Ziel war es, der gängigen These von der Schuld der Frauen am Geburtenrückgang eine geschlechtersensiblere Einschätzung der Ursachen und Folgen des demographischen Wandels in Deutschland entgegenzusetzen. Diskutiert wurde zum Beispiel die fragliche Familientauglichkeit der politischen und strukturellen Gegebenheiten und die Forderung nach einer Verbesserung der öffentlichen Kinderbetreuung. Ein weiteres Thema waren die Folgen des Bevölkerungsrückgangs auf den Arbeitsmarkt für Frauen, von denen zunehmend erwartet würde, Vollzeit zu arbeiten, um „nebenbei“ auch noch ihre Eltern oder Großeltern zu pflegen. Das letzte Referat beschäftigt sich mit dem Mangel an gender-

gerechter Informationsbereitstellung, verbunden mit dem Vorschlag, ein entsprechendes Service-Centrum „Gender-DataBerlin“ einzurichten. Bestelladresse: Überparteiliche Fraueninitiative Berlin, Marienburger Straße 6, 10405 Berlin, E-Mail: info@berlin-stadtderfrauen.de, Internet: www.berlin-stadtderfrauen.de

100 Jahre Jugendgerichte in Deutschland. Im Jahr 1908 wurden erstmalig in Deutschland im Zuge einer internationalen Jugendrechtsbewegung an den Amtsgerichten in Frankfurt, Köln und Berlin neuartige Jugendgerichte eingerichtet, die das Alter der Straftäter und -täterinnen bei der Urteilsfindung berücksichtigten. Ein Jahr später wurde der erste Deutsche Jugendgerichtstag abgehalten und im Jahr 1911 entstand in Wittlich (im heutigen Rheinland-Pfalz) das erste Sondergefängnis für junge Strafgefangene. Schon im darauf folgenden Jahr zählte man in Deutschland 212 eigenständige Jugendgerichte. Das erste Jugendgerichtsgesetz trat im Jahr 1923 in Kraft. *Quelle: Lotse Info 6.2008*

Sechster Wettbewerb Sozialkampagne. Erneut schreibt die Bank für Sozialwirtschaft ihren bundesweiten Wettbewerb um die innovativsten und aufmerksamkeitsstärksten Werbekampagnen zu sozialen Themen aus. Teilnahmerechtigt sind Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens sowie deren Agenturen beziehungsweise Grafiker, Grafikerinnen, die seit dem Jahr 2006 eine Werbekampagne zu einer sozialen Fragestellung realisiert und die Anzeigen in Printmedien eingesetzt haben. Die eingesandten Beiträge werden nach den Kriterien Idee/Innovationskraft, Aufmerksamkeitsstärke sowie Zielsetzung und Umsetzung des Anliegens bewertet. Berücksichtigt wird außerdem, ob Leistungen für die Kampagne honorarfrei erbracht wurden (zum Beispiel Pro-bono-Arbeit der Agentur, Honorarverzicht von Fotografen oder Freischaltungen). Die Bewerbungsformulare können unter www.sozialbank.de – Aktuelles abgerufen werden. Der Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2008. Weitere Informationen: BFS Köln, Frau Rüth, Tel. 02 21/973 56-210, E-Mail: s.rueth@sozialbank.de

► Soziales

Initiative Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft Allgemeiner Sozialdienst. „Einheit in Vielfalt“ ist das Motto der Initiative BAG-ASD. Diese möchte die Bildung eines bundesweiten Netzwerkes von Vertreterinnen und Vertretern aus sozialer Praxis, Wissenschaft und Politik anstoßen. Der ASD als kommunaler Sozialdienst verfügt über eine Vielzahl an Organisations- und Aufgabenzuschnitten. Ebenso vielfältig sind die Rahmenbedingungen und Fachkonzepte in den einzelnen Kommunen beziehungsweise kreisfreien Städten. Diese Heterogenität erschwert seine fachliche Profilierung und vermindert seinen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse. Daher entwickelte eine Gruppe von Fachkräften aus der Praxis sowie Hochschullehrerinnen und -lehrern die Idee zur Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft. Damit soll eine Vernetzungsstruktur geschaffen werden, innerhalb der Fachdiskurse gebündelt und die fachliche Einheit des ASD in seiner Vielfalt sichtbar werden. Inhalte und Ziele sind unter anderem, die Fragestellungen der kommunalen ASD-Praxis auf Bundesebene zu bündeln und als gesellschaftliche Kernfragen zu etablieren, die fachliche Einheit

in der kommunalen Vielfalt des ASD sichtbar werden zu lassen, die strukturelle und fachliche Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes zu unterstützen und die Anerkennung des ASD als Kernprozess der Sozialen Arbeit auf kommunaler Ebene und Bundesebene zu stärken. Weitere Informationen sind unter www.bag-asd.de zu finden. Auf dem ASD-Bundeskongress vom 9. bis 11. September 2008 in Köln findet dazu am 9. September ab 18.15 Uhr ein Informations- und Diskussionsforum statt, auf dem die Zielsetzungen und weitere Vorgehensweisen diskutiert und abgestimmt werden sollen. Ansprechpartnerin: Professor Dr. Ingrid Gissel-Palkovich, Fachhochschule Kiel, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, Sokratesplatz 2, 24149 Kiel, Tel.: 04 31/ 210-30 47

Zuzahlungspflicht. Seit dem Jahr 2004 müssen alle erwachsenen Mitglieder einer gesetzlichen Krankenkasse Zuzahlungen leisten. Die bis Ende 2003 geltende Härtefallregelung wurde ersatzlos abgeschafft. Ein Kläger hatte sich darauf berufen, er werde durch die Zuzahlungen unzumutbar und verfassungswidrig belastet. Dem folgte das Bundessozialgericht (BSG) nicht: Die geltende Regelung sei rechtmäßig. Auch wenn sich das Gericht hier nicht zu Beziehenden der im Sozialhilferecht geregelten Grundsicherung für alte und vollqualifizierende Menschen geäußert hat, ist davon auszugehen, dass für sie das Gleiche gilt (Az.: B 1 KR 10/07 R). Eine Ausnahme von der Zuzahlungspflicht gibt es: Haben Erwerbstätige oder Altersrentner so geringe Einkünfte, dass ihr Einkommen zum Lebensunterhalt unter Berücksichtigung von Abzügen und Familienfreibeträgen Null Euro beträgt, dann müssen sie im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung keine Zuzahlungen leisten. Dies entschied das BSG in zwei weiteren Urteilen (Az.: B 1 KR 5/07R und B 1 KR 20/07 R). *Quelle: Lebenshilfe-Zeitung 2.2008*

Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme. Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann-Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung und Ludwig-Erhard-Stiftung. Hrsg. Stefan Empter und Robert B. Vehrkamp. Verlag Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2007, 308 S., EUR 35,- *DZI-D-8274* Seit Mitte der 1990er-Jahre befindet sich der deutsche Sozialstaat im Umbruch von einem alimentierenden Wohlfahrtsstaat hin zu einem aktivierenden Teilhabestaat. Anliegen des vorliegenden Bandes ist eine erste Zwischenbilanz und Bestandsaufnahme dieser Veränderung. Zunächst geht es um die Definition der sozialen Gerechtigkeit. Ferner werden die neueren Erkenntnisse der empirischen Gerechtigkeitsforschung dargestellt und in einem international vergleichenden Kontext diskutiert und bewertet. Diese Analysen bilden die Grundlage für die Formulierung einer Strategie zur Transformation des deutschen Wohlfahrtsstaates in einen investiv orientierten Teilhabestaat. Abschließend folgen die Ergebnisse einer im Jahr 2006 durchgeführten Parlamentarierumfrage zum Thema soziale Gerechtigkeit in Deutschland, die auch auf der beiliegenden CD-ROM dokumentiert sind. Bestelladresse: Bertelsmann Stiftung, Postfach 63 05, 33306 Gütersloh, Tel.: 05241/81 81-149, Fax: 05241/81 68-12 98, E-Mail: anette.sanders@bertelsmann.de

Kürzungen von Arbeitslosengeld II. Ein Urteil des Bundessozialgerichts zur Kürzung von Arbeitslosengeld II (ALG

II) während eines Krankenhausaufenthalts bedeutet auch Hoffnung für Mütter, die zur Kur fahren. Über diese Einzelfallentscheidung hinaus äußerte das Bundessozialgericht „erhebliche Bedenken“ an der Rechtmäßigkeit einer seit Jahresbeginn geltenden Verordnung, nach der das ALG II während eines stationären Aufenthalts zu kürzen sei. Widerspruch und Klage werden damit für die Betroffenen aussichtsreicher. Die Frauen, die allein oder mit ihren Kindern zur Kur fahren und von den Kürzungen betroffen sind, können sich an die Kurberatungsstellen der örtlichen Caritasverbände wenden und dort Unterstützung finden. Seit Jahresbeginn werden den Frauen während einer Kur die ALG-II-Sätze um 35 % mit der Begründung gekürzt, dass sie sich während dieser Zeit nichts zu essen kaufen müssten. Es ist zu erwarten, dass die Verordnung nach diesem Urteil entsprechend angepasst oder aufgehoben wird. *Quelle: Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster vom Juli 2008*

► Gesundheit

Woche des Sehens 2008. Die siebte Woche des Sehens unter dem Motto „Blindheit. Verstehen. Verhüten“ findet vom 9. bis 15. Oktober 2008 statt. Für dieses Jahr wurde der Schwerpunkt „Blinde und sehbehinderte Kinder“ gewählt. In Deutschland können blinde und sehbehinderte Kinder in speziellen Förderschulen oder gemeinsam mit sehenden Kindern in allgemeinen Schulen unterrichtet werden. Leider sind die Qualifikation der Lehrkräfte, die sonderpädagogische Betreuung sowie die Versorgung mit notwendigen Hilfsmitteln an allgemeinen Schulen häufig unzureichend. Fehlende Qualitätsstandards behindern eine gleichberechtigte Teilhabe an der Bildung ebenso wie die differierenden Frühförderbedingungen in den einzelnen Bundesländern, die durch einheitliche Richtlinien ersetzt werden müssten. Der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV) und der Deutsche Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e.V. machen während der Projektwoche auf Missstände in der deutschen Blindenbildungspolitik aufmerksam und setzen sich für die Förderung und Gleichberechtigung blinder und sehbehinderter Kinder ein. Des Weiteren informieren der Bundesverband der Augenärzte und die Deutsche Ophthalmologische Gesellschaft über Augenerkrankungen im frühen Kindesalter sowie deren Behandlungsmöglichkeiten und über die Bedeutung von Vorsorgeuntersuchungen. Die Weltgesundheitsorganisation benennt die Zahl der blinden Kinder weltweit mit 1,4 Mio. Eine der Hauptursachen ist ernährungsbedingter Vitamin-A-Mangel. Die internationalen Hilfswerke verteilen deshalb vorbeugend Vitamin-A-Kapseln an Kinder und stillende Mütter. Der Anbau Vitamin-A-reicher Pflanzen und ihr Einsatz in der Ernährung können das Risiko einer Erblindung deutlich senken. *Quelle: Presseinformation des DBSV vom Juli 2008*

Kranke Kinder dürfen nicht kranke Erwachsene werden. Weil chronische Erkrankungen im Kindesalter negative Auswirkungen auf die spätere Erwerbsfähigkeit haben können, bietet die gesetzliche Rentenversicherung seit vielen Jahren spezielle Rehabilitationsmaßnahmen für Kinder an. Der Schwerpunkt der Behandlung liegt dabei auf den stark zunehmenden Erkrankungen der Atemwege, an Allergien und Übergewicht mit seinen Folgeerkrankungen. Erreicht werden soll nicht nur eine kurzfristige Linderung

der Beschwerden, sondern auch eine Motivation zu einem gesünderen Lebensstil. Die Deutsche Rentenversicherung hat zu diesem Zweck eigene Kinderrehabilitationskliniken, die auf die spezielle Behandlung junger Menschen eingerichtet sind. *Quelle: Mediendienst der Deutschen Rentenversicherung, Arbeitsgemeinschaft Bayern vom Juli 2008*

Niederlande: Selbstbehalt löst Bonus ab. Seit Januar 2008 gibt es in den Niederlanden eine neue Regelung zum Selbstbehalt von Versicherten im Krankheitsfall. Sie ersetzt das seit 2006 geltende Bonussystem, das Versicherten bis zu 225 Euro ihrer Beiträge erstattete, wenn sie im jeweiligen Vorjahr keine medizinischen Leistungen (mit Ausnahme von Hausarztbesuchen und Schwangerschaftsvorsorge) in Anspruch genommen hatten. Ziel war es, das Kostenbewusstsein der Versicherten zu stärken und dadurch Einsparungen zu erreichen. Die Zahl der Arztbesuche ging jedoch nicht zurück. Zudem empfanden chronisch Kranke die Regelung als ungerecht, da sie für unvermeidbare Arztbesuche finanziell bestraft wurden. Nach der Selbstbehaltregelung zahlen Patientinnen und Patienten jetzt die ersten 150 Euro ihrer jährlichen Behandlungs- und Arzneimittelkosten selbst, darüber hinausgehende Kosten übernimmt die Krankenversicherung. Für chronisch Kranke reduziert sich der Selbstbehalt auf 103 Euro pro Jahr. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 6.2008*

Institut für Qualitätssicherung in der Geriatrie. Die Komplexität von Krankheiten im Alter stellt hohe Anforderungen an die Qualität der geriatrischen Rehabilitation.

Diese zu sichern und zu fördern, ist eine Daueraufgabe, die Nachhaltigkeit erfordert. In Bayern wird sich zukünftig das neu gegründete Institut für Qualitätssicherung in der Geriatrie e.V. um diese Thematik kümmern. Neben der wissenschaftlichen Bewertung von Qualitätsstandards wird das Institut geriatrische Einrichtungen auch hinsichtlich Qualitätssicherung und -management beraten. Die geriatrische Rehabilitation verbessert die Lebensqualität älterer Menschen und ist ein wichtiger Baustein in deren Versorgung. Heimeinweisungen und Pflegebedürftigkeit wären dadurch oftmals zu vermeiden, in über 80 % der Fälle könnten Patientinnen und Patienten in ihre Privatwohnung entlassen werden. *Quelle: Altenpflegerin und Altenpfleger 4-6.2008*

► Jugend und Familie

Inobhutnahme von Kindern. Im Jahr 2007 wurden in Deutschland 28 200 Kinder und Jugendliche von Jugendämtern in Obhut genommen. Dies waren rund 2 200 (+ 8,4 %) mehr als im Jahr 2006. Damit leisteten die Jugendämter rein rechnerisch jeden Tag für 71 Kinder und Jugendliche „erste Hilfe“ in für diese gefährlichen Situationen; im Vorjahr waren es pro Tag rechnerisch 77 Kinder und Jugendliche. Bei 435 dieser Maßnahmen handelt es sich um sogenannte Herausnahmen, das heißt, dass die Kinder gegen den erklärten Willen ihrer Sorgeberechtigten anderweitig untergebracht wurden. Im Jahr 2006 hatte es 151 Herausnahmen gegeben. Eine Inobhutnahme ist eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von jungen Menschen, wenn sich diese in einer akuten, sie gefährdenden

Wir denken weiter.

Zum Beispiel beim Liquiditätsmanagement.

Nutzen Sie alle Vorteile des controlling-basierten Cash-Managements.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

Situation befinden. Jugendämter nehmen Minderjährige auf deren eigenen Wunsch oder auf Initiative anderer in Obhut und bringen sie – meist für Stunden oder einige Tage – in einer geeigneten Einrichtung unter. 7 000 Kinder und Jugendliche wurden 2007 auf eigenen Wunsch untergebracht, bei den Übrigen veranlassten andere Personen oder Stellen diese Maßnahme. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 254/2008*

Wege für Frauen aus der Gewalt in Partnerschaft und Familie. Informationshandbuch für Frauen. Hrsg. Frauen informieren Frauen – FiF e.V. Selbstverlag. Kassel 2007, 201 S., EUR 8,00 *DZI-D-8267*

Diese aktualisierte Neuauflage des Handbuchs bietet detaillierte Informationen darüber, was Frauen im Fall von häuslicher Gewalt unternehmen können. Im Einzelnen wird beschrieben, welche Sicherheitsvorkehrungen es gibt, welche Rechte und Möglichkeiten Frauen nach dem Gewaltschutzgesetz haben und wie sie nach einer Trennung ihre Existenz sichern können. Auch gesundheitliche Folgeerscheinungen, wie zum Beispiel Angststörungen und Phobien, werden kurz dargestellt. Ein neu hinzugekommenes Kapitel befasst sich mit dem Thema Stalking und den jeweiligen strafrechtlichen Handlungsmöglichkeiten. Im Übrigen geht es um den Schutz von Kindern und die besondere Situation von Migrantinnen. Die Broschüre wendet sich in erster Linie an betroffene Frauen, aber auch an deren Angehörige und Vertraute sowie an Berufsgruppen, die mit Opfern häuslicher Gewalt in Kontakt kommen. Bestelladresse: Frauen informieren Frauen – FiF e.V., Westring 67, 34127 Kassel, Tel.: 0561/89 31 36, Fax: 0561/89 31 33, E-Mail: info@fif-kassel.de, Internet: www.fif-kassel.de

Männer in der Kindertagesbetreuung. 11 111 Männer waren im März 2007 in Deutschland beruflich in der Kindertagesbetreuung tätig. 10 373 Männer arbeiteten in Tageseinrichtungen direkt mit den Kindern und 738 als Tagesväter. Damit lag der Anteil der Männer an in Tageseinrichtungen in der direkten Kinderbetreuung Beschäftigten bei 3 %, der Anteil der Tagesväter betrug 2,2 %. In Ostdeutschland sind Männer in Kindertageseinrichtungen besonders selten. Ihr Anteil lag im März 2007 bei rund 1,5 %, in Westdeutschland betrug die Quote 3,2 %. In Norddeutschland waren vergleichsweise mehr Männer in diesem Bereich tätig, so zum Beispiel in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg 9 % beziehungsweise 7,9 %. In Thüringen und Sachsen-Anhalt waren es hingegen nur 0,9 % beziehungsweise 1,2 %. *Quelle: AWO Magazin 4.2008*

Kooperationsformen im Bereich Frühe Hilfen. Im Juni 2008 startete das Deutsche Institut für Urbanistik (difu) eine bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich Frühe Hilfen. Das Projekt ist Bestandteil des Aktionsprogramms der Bundesregierung „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“. Mit diesem Programm soll über die Verzahnung gesundheitsbezogener Leistungen, Jugendhilfeleistungen sowie zivilgesellschaftlichen Engagements der Schutzauftrag der staatlichen Gemeinschaft gestärkt werden. Entscheidend für die Qualitätsentwicklung von Frühen Hilfen ist eine aufeinander abgestimmte Kooperation von Einzelmaßnahmen im Rahmen regionaler Hilfenetze. Hier kommt kommunalen Steuerungsbehörden wie Jugend- und Gesundheitsämtern

eine besondere Bedeutung zu. Mit der Erfassung der Ziele der Kooperationen vor Ort beziehungsweise der jeweiligen Maßnahmen zur Qualitätssicherung liegt ein Schwerpunkt der Untersuchung in der Erfassung der kommunalen Steuerungsbehörden. *Quelle: difu-Berichte 2.2008*

Junge Migranten in Jugendverbänden. Unter dem Motto „Integration durch Partizipation“ geht der Landesjugendring Nordrhein-Westfalen (NRW) neue Wege, um Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Jugendverbandsarbeit zu eröffnen. Zusammen mit den Jugendringen Bochum, Siegen und Wuppertal werden in einem dreijährigen Modellprojekt interkulturelle Öffnungsprozesse von Jugendverbänden und Jugendringen erprobt. Die Erfahrungen sollen anschließend allen Jugendringen in NRW zur Verfügung stehen. Im Gegensatz zu den bisher meist defizitorientierten Ansätzen in der Migrationsarbeit unterstützt dieses Projekt gezielt die Ressourcen und Potenziale der jungen Migrantinnen und Migranten. *Quelle: dbjr-info 3.2008*

Erstes Gesetz zur Änderung des Jugendschutzgesetzes in Kraft getreten. Dieses Gesetz verbessert ab sofort den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor medialen Gewaltdarstellungen, insbesondere vor gewaltbeherrschten Computerspielen. Dabei werden in Bezug auf Trägermedien wie CDs und DVDs zum einen Mindestgröße und Sichtbarkeit der Alterskennzeichnung festgelegt und zum anderen die Indizierung gewaltbeherrschter Inhalte erleichtert. Der Katalog der schwer jugendgefährdenden Trägermedien, die Kraft Gesetzes indiziert sind, wird im Hinblick auf Gewaltdarstellungen erweitert. Dies betrifft Trägermedien, die „besonders realistische, grausame und reißerische Darstellungen selbstzweckhafter Gewalt beinhalten, die das Geschehen beherrschen“. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 304.2008*

► Ausbildung und Beruf

Fachkräfte in der Wissenswirtschaft. Im Jahr 2007 entfiel jede dritte Neueinstellung einer Fachkraft mit Berufsausbildung oder Studium auf die forschungsintensiven Industrien und wissensintensiven Dienstleistungen. Der Anteil der Wissenswirtschaft an den Stellenbesetzungen im Fachkräftebereich ist somit in den letzten Jahren deutlich gestiegen: Im Jahr 2000 lag ihr Anteil an den neu eingestellten Fachkräften erst bei einem Viertel. *Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Juli 2008*

Ausbildung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Ende Mai hat die Konferenz der Jugend- und Familienminister beschlossen, sich zukünftig bei der praktischen Ausbildung mit insgesamt 100 Praxistagen zu begnügen und die Anerkennung vollständig den Hochschulen zu übertragen. Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH) betrachtet den Beschluss der Ministerkonferenz nicht als Beitrag zur erforderlichen Qualitätssicherung, sondern als Einstieg in eine Abqualifizierung der Profession Soziale Arbeit. Der DBSH fordert hingegen Praxiserfahrung und -prüfung bereits in der Ausbildung und ein nachfolgendes Verfahren der Qualitätssicherung.

Grundlage dafür sollte, ähnlich wie in Österreich und Großbritannien, ein Berufsgesetz sein. Der DBSH wünscht daher ein staatliches Anerkennungsverfahren, das diesen Namen auch verdient. „Wer will, dass Sozialarbeiter Verantwortung auch wirklich übernehmen können, muss die Ausbildungsstandards aus- und nicht abbauen“, so Michael Leinenbach, Vorsitzender des DBSH, in einem Schreiben an die Familien-, Jugend- und Wissenschaftsministerien von Bund und Ländern. *Quelle: Mitteilung des DBSH im Juli 2008*

Berufsbild und Qualifizierung von Führungskräften in der Sozialen Arbeit. Von Rainer Biesenkamp und Joachim Merchel. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2007, 64 S., EUR 11,80 *DZI-D-8258*

Leitungskräfte in der Sozialen Arbeit haben in den letzten zwei Jahrzehnten massive Veränderungen in den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit und in den an sie gerichteten sozialpolitischen und fachlichen Anforderungen erlebt. Aus diesem Grund beschäftigen sich die Autoren dieser Studie mit der Frage, welche Kompetenzen und persönlichen Voraussetzungen Leitungskräfte heute besitzen sollten, um die neuen Anforderungen bewältigen zu können. Anhand von Gruppendiskussionen und einer schriftlichen Befragung von Leitungspersonen aus Organisationen der Sozialen Arbeit entwickeln sie elf Leitungsprofile, die sich auf verschiedene Aufgabenbereiche beziehen und jeweils spezifische Kompetenzen erfordern. Im zweiten Teil der Untersuchung werden Schlussfolgerungen für die Qualifizierung gezogen und einzelne Inhalte und Methoden der Wissensvermittlung vorgestellt. Die Ergebnisse sind für alle Leitungskräfte der Sozialen Arbeit von Interesse und bieten Fachkräften aus Fortbildung, Supervision und Coaching wertvolle Anregungen. Bestelladresse: Lambertus-Verlag GmbH, Postfach 1026, 79010 Freiburg, Tel.: 07 61/368 25-0, Fax: 07 61/368 25-33, E-Mail: info@lambertus.de

Hochschulstudium für Erzieherinnen und Erzieher. Innerhalb des Bachelorstudiengangs „Erziehung und Bildung im Kindesalter“ wird ab Oktober 2008 an der Alice Salomon Hochschule Berlin eine berufsintegrierende Studienform angeboten. Sie erschließt die akademische Ausbildung im frühpädagogischen Bereich für bereits berufstätige Erzieherinnen und Erzieher in Kindertageseinrichtungen. Studienleistungen können so durch die praktische Anwendung von an der Hochschule erworbenen Fachkenntnissen direkt am Arbeitsplatz erbracht werden. Für die berufsintegrierende Studienform werden die beiden Schwerpunkte „Arbeit mit Kinder unter drei Jahren“ und „Leitung und Management“ angeboten. Das Studium dauert sieben Semester und schließt mit dem Titel „Bachelor of Arts“ ab. Informationen: E-Mail: ebk-studienberatung@asfh-berlin.de *Quelle: Newsletter asfh 2.2008*

17.-18.9.2008 Kassel. 17. Fachtagung Management in der Suchttherapie. Information: Bundesverband für stationäre Suchtkrankenhilfe e.V., Wilhelmshöher Allee 273, 34131 Kassel, Tel.: 05 61/77 93 51, E-Mail: buss@suchthilfe.de

17.-19.9.2008 Köln. 7. Kinderschutzforum 2008: Die Jugend(hilfe) von Heute. Helfen mit Risiko. Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/569 75-3, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

18.9.2008 Freiburg im Breisgau. 7. Fachtagung Case Management: Case Management und die Stakeholder. Information: Institut für Weiterbildung an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg e.V., Bugginger Straße 38, 79114 Freiburg, Tel.: 07 61/478 12-639, E-Mail: guerra@efh-freiburg.de

30.9.-2.10.2008 Bergisch Gladbach. Fachtagung: Umgang mit pädagogisch schwierigen Situationen. Schwerpunkt: Aggressionsgeprägte Situationen. Information: AG Stationäre Einrichtungen und Werkstätten in der BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Postfach 13 01 48, 33544 Bielefeld, Tel.: 05 21/143 96-0, E-Mail: info@gabw.de

4.-5.10.2008 Hückeswagen. EAG Tagung: Supervision und Identität. Information: Europäische Akademie für psychosoziale Gesundheit (EAG), Wefelsen 5, 42499 Hückeswagen, Tel.: 021 92/858-418, E-Mail: EAG.FPI@t-online.de

9.-10.10.2008 Berlin. Zweite Bundesweite Family Group Conferencing-Netzwerktreffen. Information: Bezirksamt Mitte, Jugendamt, Jug Plan 1, Frau Samuray, Tel.: 030/20 09-234 68, E-Mail: sabine.samuray@ba-mitte.verwaltung-berlin.de

24.10.2008 Berlin. 9. Berliner Gespräche zum Gesundheitswesen: Ambulante Behandlung im Krankenhaus – Bedingungen sektorenübergreifender Versorgung. Information: Thieme.congress im Georg Thieme Verlag, Rüdigerstraße 14, 70469 Stuttgart, Tel.: 07 11/89 31-361, E-Mail: info@bgg2008.de

29.-30.10.2008 Bielefeld. 5. wbv-Fachtagung: Perspektive Bildungsberatung – Chancen für Weiterbildung und Beschäftigung. Information: W. Bertelsmann Verlag, Joachim Höper, Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld, Tel.: 05 21/911 01-28, E-Mail: joachim.hoeper@wbv.de

13.-15.11.2008 Köln. 1. Berufskongress Soziale Arbeit: Nachhaltigkeit statt Entprofessionalisierung. Information: Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit, Büro fürs Berufsregister für Soziale Arbeit, Rungestraße 22-24, 10179 Berlin, E-Mail: referent-brauckhoff@dbsh.de